

zugestellt durch post.at
Erscheinungsort: Mürzzuschlag, Verlagspostamt 8680

MHM Mürzzuschlag - Hönigsberger Mitteilungen

Information der **KPÖ**



*Klein, aber
mit Biss!*

www.muerzzuschlag.kpoe.at

Nr. 111, Dezember 2012



*Ein friedliches, gesundes
Neues Jahr wünscht die
KPÖ Mürzzuschlag
sowie
die Gemeinderäte
Franz Rosenblattl und Franz Eisinger*

Neutralität *statt* EU-Armee

am 20. Jänner 2013:

**Für Wehrpflicht
und Zivildienst!**

KPÖ



www.kpoe-steiermark.at/wehrpflicht

Historisches Mürzzuschlag

Dieser Teil der Wienerstraße hat sich über die Jahrzehnte gar nicht so gravierend verändert. Rechts vorne ist das Hotel Post fast unverändert. Die Ratsburg mit ihrem typischen Vorbau im ersten Stock und dem leider nicht mehr öffentlich zugänglichen Rosseggerstüberl ist auch ziemlich unverändert. Das Radiogeschäft im Vordergrund und daneben die Filiale von Julius Meinl sind schon lange verschwunden.

**Winterstimmung in der
Wienerstraße...**



Das Porträt: Elke Kahr

Mit einem Schlag ist die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr zur bekanntesten Kommunistin Österreichs geworden. Bei der Wahl wurde ihre KPÖ mit 20 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft in der steirischen Landeshauptstadt.

Die Zeitung »Österreich« schreibt: „Wäre sie nicht eine Marxistin aus dem Bilderbuch, hätte Elke Kahr mit Sicherheit den Titel »Die heilige Elke von Graz«. Bei der KPÖ-Chefin stehen die Menschen im Grazer Rathaus Schlange. Hier, wissen die Notbedürftigen, wird ihnen tatsächlich geholfen. Elke Kahr fackelt nicht lange herum, sondern hilft prompt. 5.400 Euro netto verdient die 52-Jährige. „So viel Geld brauche ich nicht.“ Sie lebt von 1.800 Euro. Den Rest verteilt sie an Grazer in Not. „Im Jahr sind es zwischen 50.000 und 55.000 Euro“, so Kahr.

Doch die Grazer honorieren die soziale Ader. Die überzeugte Marxistin wird die Vizebürgermeisterin von Graz. Mit dem Blitzlichtgewitter und Interviews tut sich Kahr noch schwer. Gar nicht schwer fällt es ihr, immer ein offenes Ohr zu haben.

Aber woher nimmt die ehemalige Handelsschülerin, die die Matura in der Abendschule nachholte, die Bereitschaft für den bewussten Verzicht. „Ich möchte vielen Dingen wie der Gier, die hier in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, bewusst abschwören“, definiert Kahr ihr Credo: „Ich halte den Marxismus für die menschlichste Antwort auf viele gesellschaftspolitische Probleme in unserer Welt. Es geht darum, dass jeder Mensch dieselben Chancen im Leben vorfinden sollte. Sprich, dass man dafür sorgt, dass die Einkommensschere nicht noch weiter auseinandergeht.“

(Quelle: Österreich, 2.12.2012)



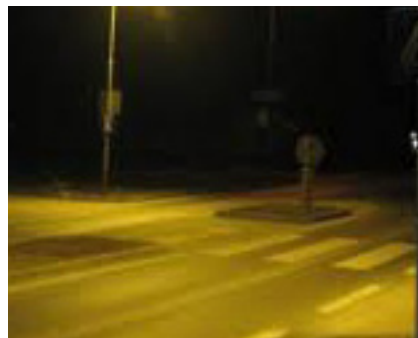
Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde – wie immer im Dezember – das Budget für das kommende Jahr beschlossen. Der Haushaltsvoranschlag war natürlich der Schwerpunkt, trotzdem gab es noch andere wichtige Beschlüsse zu fassen. Vorerst gab es einmal einen Wechsel in der SP-Gemeinderatsfraktion: Anstatt Max Scheickl gehört nun der Musikschullehrer Mag. Werner Gamsjäger dem Gemeinderat an. Nach der Angelobung des neuen Gemeinderates durch den Bürgermeister kam die obligate Fragestunde ...

Doch keine Garagen in der Grünen Insel

KPÖ-Gemeinderat Franz Eisinger richtete an den Bürgermeister die Anfrage, warum jene Interessenten, die auf das Schreiben der Hausverwaltung ihr Interesse an einer Garage bekundet haben, nicht von der geänderten Lage informiert wurden. Die notwendige Änderung des Flächenwidmungsplan wurde auf Grund der „Hochwassergefährdung“ von den Landesbehörden nicht genehmigt, so dass dieses Projekt nicht weiter verfolgt wird. Leider wurden die Bewerber bisher nicht von der geänderten Situation informiert. Bgm. Rudischer versprach, die Garagenwerber zu informieren.

Ausleuchtung der Zebrastreifen gehört überprüft

Einige Zebrastreifen im Gemeindegebiet sind sehr schlecht oder gar nicht beleuchtet. GR Eisinger richtete die Anfrage ob es nicht sinnvoll wäre, die Fußgängerübergänge bei einer Begehung zu überprüfen. Bgm Rudischer sagte zu, dass der Bau- und Stadtplanungsausschuss dies machen wird.



Nicht alle Zebrastreifen im Gemeindegebiet sind so gut ausgeleuchtet.

Schneeräumung auf Gehsteigen

KPÖ-Gemeinderat Franz Rosenblattl befragte Bgm Rudischer, ob er selbst die amtliche Mitteilung verfasste, die vor Weihnachten an die Bevölkerung versendet wurde. Darin wurden die Räum- und Streupflichten der Anrainer im Winter, als auch ein vernünftiger Umgang mit Feuerwerkskörpern behandelt. In diesem Schreiben steht folgendes: „**Die Schneeräumspflicht erstreckt sich nicht nur auf die Räumung, sondern auch auf die Abfuhr der Schneeanhäufungen, wobei davon nicht nur witterungsbedingt liegender Schnee umfasst ist, sondern auch der durch Schneepflüge der Straßenverwaltung auf den Gehsteig verbrachte Schnee.**“

Das Schreiben weist auch ausdrücklich darauf hin, dass der Schnee von den eigenen Einfahrten usw nicht auf das öffentliche Gut geschaufelt werden darf.

„Also wenn jemand durch den Schneepflug mit



Wohin damit? Vor allem das durch die Schneepflüge raufgeworfene Eis-Schnee-Matsch-Salzmischung ist schwer und kaum zu entsorgen.

„Straßenschnee“ beteuert wird, muss er artig danke sagen und den Schnee auf den Bauhof zur Sondermüllentsorgung bringen. Auf dem eigenen Grundstück sollte man aus Umweltschutzgründen dieses hochprozentige Salzmischung ja auch nicht entsorgen. Auf die Straße zurück ist ja verboten, in des Nachbars Garten schaufeln ist auch keine Dauerlösung. In der Wohnung auftauen und in den Kanal schütten geht ja wohl auch nicht. Also was soll man damit machen?“ so die etwas sarkastisch gemeinte Anfrage von Gemeinderat Rosenblattl. „Ich bin mir sicher, dass Sie (Bgm. Rudischer) dieses Schreiben zwar unterzeichnet, aber bestimmt nicht richtig durchgelesen haben. Ich würde mir wünschen, dass diese Anordnung korrigiert und in der nächsten Gemeindezeitung auf eine realistische und bürgernahe Basis gebracht wird.“

Budget (noch) ausgeglichen

Finanzstadtrat Baumer präsentierte den Haushaltsvoranschlag 2013. Der Ordentlichen Haushalt (OH) ist mit 23,139 Millionen € und der außerordentlichen Haushalt (AOH) mit 696.000 € ausgeglichen erstellt. GR Rosenblattl anerkannte dies, indem er feststellte, dass dies heutzutage nicht mehr selbstverständlich ist. Im Jahre 2015 soll es dann auch in Mürzzuschlag höhere Ausgaben als Einnahmen geben. Das Budget wurde gegen die Stimmen der KPÖ, Grüne, FPÖ und ÖVP beschlossen.

Kritik am Budget



KPÖ-Gemeinderat Rosenblattl wies in seiner Budgetkritik diesmal eher weniger auf einzelne Details und Summen hin, sondern vielmehr auf Widersprüche, Unzulänglichkeiten und politisch motivierte Ungerechtigkeiten im Voranschlag. **Hier einige Auszüge aus dieser Rede:**

Arbeitslose Stadträte

Ein Kritikpunkt liegt bei den „Bezügen der Organe“. Die Gemeinde leistet sich den Luxus, zwei Stadträte (VP, FP) zu bezahlen, ohne dafür eine Gegenleistung – nämlich die Leitung eines Ausschusses zu verlangen. Dafür müssen zusätzlich Gemeinderäte der Mehrheitsfraktion betraut und natürlich bezahlt werden. Also kann man ruhig davon sprechen, dass dem Spargedanken im Budget Grenzen gesetzt sind, wenn es um den eigenen politischen Machtanspruch geht.

Gemeindezeitung

Hoffentlich wirken sich die Einsparungen bei der Gemeindezeitung nicht auf die Häufigkeit des Erscheinens aus. Bin mir nicht sicher, ob viele Bürger/innen alle 44 Seiten lesen. Dafür mehr Aktualität, das wäre wünschenswert. Kurzum: Einsparen beim Umfang ja, aber nicht bei den Erscheinungsterminen.

Mieten zu hoch

Ein Kritikpunkt sind die permanenten Erhöhungen der Mieten. Das dies über dem Gemeinderat hinweg passiert, ist ein demokratiepolitisches Defizit. Natürlich will man durch ein solches, letztendlich trotzdem durchschaubares Manöver, die öffentliche Diskussion vermeiden. **Der kommunale Wohnbau war ein sozialer.** Seine Aufgabe war immer günstigen Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen. In den letzten Jahren ist dies komplett gekippt. Heute ist es schon günstiger eine Eigentumswohnung mit Kreditfinanzierung zu kaufen als eine Wohnung anzumieten.



Gebühren- und Steuererhöhungen

Zu der Erhöhung der Hundesteuer gibt es ja einen eigenen Tagesordnungspunkt, ebenso zum Thema Wasser- und Kanalgebühr. Wir werden uns – wenig überraschend – gegen diese höheren Gebühren stellen und diese auch ablehnen. Abschließend noch etwas zu den Umlagen. Hier steht uns in Hinblick auf die Fusion der beiden Sozialhilfeverbände Bruck und Mürzzuschlag im Jänner 2014 einiges bevor. Bruck hat wesentlich höhere Ausgaben, daher steht uns bei der Sozialhilfeverbandsumlage eine große Erhöhung ins Haus.

Ein Geben und Nehmen

Die Bedarfszuweisung des Landes für unsere Gemeinde macht 700.000 € aus. Gleichzeitig berappen wir aber rund 650.000 € als sogenannte Landesumlage ans Land. In Wirklichkeit erhalten wir als Härteausgleich lediglich rund 50.000 €...

Verkauf öffentlichen Eigentums: Stadtwerke veräußert Wasserrecht

Das Flusskraftwerk der gemeindeeigenen Stadtwerke an der Frörschnitz ist in die Jahre gekommen und braucht eine Sanierung. Des Weiteren ist die Technik so weit fortgeschritten, dass ein Neubau eines Kraftwerkes zweckmäßiger erscheint. Ein neues Kleinkraftwerk soll an einer anderen Stelle (nähe Holzwohnbühel) gebaut und mit einer unterirdischen Druckrohrleitung versorgt



werden. Die Kosten werden auf rund 5 Millionen € geschätzt – ein Betrag, der sich in 20 Jahren amortisiert haben soll. Dass der Strombedarf in den nächsten 50-70 Jahren (Lebensdauer) genau so wenig sinkt wie der Strompreis darf angenommen werden. Die Leistung der alten gegenüber

der neuen Anlage soll das 16-fache betragen.

Nun soll dieses neue Kraftwerk aber nicht von den Stadtwerken, sondern von einem „Investor“, der Fa. Haider, errichtet werden. Diese Firma hat schon mehrere Anlagen gebaut und sieht in der Stromerzeugung richtigerweise eine Chance, überschüssiges Geld ohne Risiko, anzulegen. So auch an der Frörschnitz. Ein Hindernis ist lediglich das bestehende „Wasserrecht“ – dieses besitzen die Stadtwerke...

25% +1 anstatt 100%

Die Geschäftsführung allerdings will zusammen mit der Fa. Haider in eine GesmbH und veräußert damit indirekt das Wasserrecht. Der Anteil der Stadtwerke an der GesmbH beträgt dabei 25%+1. Genau so wird es dann mit der Gewinnaufteilung ausschauen ...

Die KPÖ stimmte gegen die Gründung dieser Gesellschaft und den damit verbundenen Verlust des Wasserrechts. Der geplante Kraftwerksbau könnte ihrer Meinung nach selbst durchgeführt werden. Auch Grünmandatar Thonhauser stimmte dagegen.

Warum die Geschäftsführung hergeht und das Wasserrecht einer Firma „schenkt“, die ihre Gewinne in Kleinkraftwerken anlegt ist uns nicht bekannt! Vor nicht allzu langer Zeit spielte Geld kaum eine Rolle, da bauten die Stadtwerke das neue Betriebsgebäude (110 Mill S.) in der Mariazellerstraße, der aufgezwungene „Kauf“ des WGM und das Weihnachtsgeschenk von 1,5 Mill € an die Gemeinde vor zwei Jahren nicht zu vergessen. Die Beteiligung am nichtgebauten deutschen Kraftwerk Brunsbüttel und Verfahrenskosten im Streit mit der Kaplan-Akademie sind dagegen fast Peanuts.

Hier würde nun in Anlagen investiert, die in Kürze vollen Gewinn abwerfen und nicht nur 25%+1. Diese wären zu 100% im Eigentum der Stadtwerke und somit auch der Gemeinde.

Wasser- Kanalgebühr erhöht

Die Wasserverbrauchsgebühr und die damit verbundene Kanalbenutzungsgebühr, sowie die Wasserzählermiete wurden zuletzt am 1. Jänner 2011 erhöht. Natürlich sind Erneuerungen an Wasser- und Kanalleitungen notwendig. Eine funktionierende Versorgung kostet eben Geld. Aber...

...eine Bereitstellungsgrundgebühr

in der Höhe von 40 m³ Wasser- und Kanalgebühr zu verlangen ist nicht nur unsozial und widerspricht auch jedem Spar- und Umweltschutzgedanken. Im Klartext heisst es, dass ab 1. Jänner jede/r Bürger/in grundsätzlich 40 m³ bezahlen muss, egal wie wenig verbraucht wird. Völlig widersinnig trifft das auch auf die 1,5 fache Kanalbenutzungsgebühr hinzu. Bgm Rudischer argumentierte mit den „vielen“ Zweitwohnbesitzern, die mit diesem Modell „getroffen“ werden sollen. Weiters muss das Wasser- und Kanalnetz erhalten bleiben, obwohl immer weniger Leute da sind...

Die Gebührenerhöhung in dieser Form lehnt die KPÖ-proMz ab, hier sollten sich die Verantwortlichen etwas Besseres einfallen lassen um von der Opposition eine Zustimmung zu erhalten. KPÖ, Grüne, FPÖ und drei Viertel der OVP-Gemeinderäte lehnten die Erhöhung in der Form ab.

Hundesteuer wieder erhöht

Auch die neuerliche Erhöhung der Hundsteuer verursachte hitzige Diskussionen. Der steirische Landtag hat, – gegen die Stimmen der KPÖ – ein Gesetz beschlossen, dass die Verteuerung der Hundsteuer vorsieht. Nun wurde die Hundeabgabeordnung der Gemeinde angepasst. Die Abgabe für einen Hund verteuert sich von 44 auf 60 Euro pro Jahr. Erst voriges Jahr wurde die Hundeabgabe in Mürzzuslag verdoppelt.

Die KPÖ hat auch im Gemeinderat gegen diese Erhöhung gestimmt. Gemeinderat Franz Eisinger erklärte, dies sei wieder eine neue Belastung. Vielen, vor allem älteren Menschen, ist ihr Hund sehr wichtig. Die Leute werden ohnehin durch Gebührenerhöhungen und Teuerung genug geschröpft. Der Bürgermeister erklärte, er müsse dieses Gesetz vollziehen. Das stimmt nicht. GR Rosenblattl stellte die Frage, wieso das Reitpferd der Rechtsanwältin nicht besteuert wird, der Dackel von der Mindestpensionistin schon. Die Gemeinde könnte auf die Hundesteuer verzichten, wenn sie dies wolle. KPÖ, Grüne, FPÖ und wieder das gleiche 3/4 der ÖVP (wie beim Wasser) stimmte dagegen.

Allerdings haben SPÖ, ÖVP, Grüne und FPÖ im Landtag das Gesetz mitbeschlossen und von einem Protest der Gemeindevertreter ist uns nichts bekannt.



Pensionsraub



Pensionist/innen werden mit einer Pensionserhöhung von 1,8 Prozent abgespeist. Die Politikergehälter werden um 1,8 Prozent steigen. Beides sei ein Beitrag zum Sparen.

Der „kleine“ Unterschied: Rund 1,2 Millionen Österreicher/innen haben eine Pension unter der offiziellen Armutsgefährdungsschwelle von 1.031 Euro. Unsere Politikerbezüge hingegen sind fürstlich. Ein Nationalratsabgeordneter bekommt 8.160 Euro, der steirische Landeshauptmann 15.504 Euro, ein Landtagsabgeordneter 5.304 Euro, brutto, 14 Mal im Jahr.

Die Pensionist/innen werden diese schändlich niedrige Erhöhung im Geldtascherl spüren – und dabei ist die offizielle Inflationsrate nur die halbe Wahrheit. Gerade die Dinge des täglichen Bedarfs und das Wohnen haben sich überdurchschnittlich verteuert.

Pensionen sind keine Almosen, sondern durch Arbeit erworbene Ansprüche. Pensionskürzungen sind daher gleichzeitig als Lohnkürzungen zu betrachten. Mit der Kürzung von Pensionen wird die Altersarmut verstärkt und die Nachfrage gedämpft, was in Folge die Arbeitslosigkeit erhöht.

Impressum: MHM Mitteilungsblatt für Hönigsberg und Mürzzuschlag, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag. E-Mail: kpoemz@aon.at • Tel. 03852 / 24 53

Mürzer Stammtisch



„Host des glesen, die Hundesteier wird wieder erhöht?“

„Jo, des is ma Wurscht, i hob ma jetzt a Pferdl kafft und fia des brauch i nix zohn!“

„Jo, i wia a bold umsteign, oba auf a Goaß, weil fia a Ross hob i in da Wohnung kan Plotz!“

SUDOKO

			5					
			7		6		2	8
				2			4	1
					9	7	6	
2	6		5				7	
			4			6		
			2	7				5
7					3		9	6
						1	8	

Wehrpflicht:

**„Neutralität statt Söldnerheer!“
KPÖ kompromisslos für Neutralität Österreichs**

„Söldnerheer kommt nicht in Frage“, titelte einst die Arbeiterzeitung, das Zentralorgan der SPÖ.

Bruno Kreisky erteilte den Plänen, das österreichische Bundesheer in eine Berufsarmee umzuwandeln, eine Abfuhr. Heute ist es die sozialdemokratische Führung, die sich für ein Berufsheer stark macht.

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist kein Schritt zu mehr Frieden. Sie dient dem Aufbau einer Berufsarmee, die für globale Interventionseinsätze im EU-Rahmen jederzeit abrufbar ist. Die Berufsheer-Volksbefragung soll mithilfe die Reste unserer Neutralität zu entsorgen.

„Profitruppen“ stehen im klaren Widerspruch zur Neutralität. Die „Profis“, von denen das SPÖ-nahe Personenkomitee zur Abschaffung der Wehrpflicht schwadroniert, werden Söldner sein. Die haben dann die Aufgabe in den Militäreinsätzen der EU für die Profite der Banken und Konzerne zu kämpfen und zu sterben.

Die EU ist bestrebt sich unter der Führung Deutschlands und Frankreichs als Großmacht hochzurü-

sten. Ziel ist es auf militärischer Ebene mit den USA gleichzuziehen – um gut „gerüstet“ zu sein für den Kampf um Rohstoffe und Märkte. Schon jetzt ist die EU der größte Rüstungsexporteur der Welt, noch vor den USA.

Wehrpflichtige und Reservisten kann man nicht einfach in einen Krieg zur „Sicherung“ von Märkten und Rohstoffen schicken. Mit einer Söldnerarmee ist das viel leichter zu bewältigen. Ebenso verhält es sich mit Einsätzen des Heeres im Inneren. Gehen Sozialabbau und Kahlschlag weiter, ist es nicht auszuschließen, dass es zu sozialen Revolten kommt. Im Februar 1934 hat das österreichische Bundesheer auf Arbeiter geschossen, die sich gegen den Sozial- und Demokratieabbau gewehrt haben. Es war eine Berufsarmee.

Wenn wir dazu aufrufen am 20. Jänner mit JA zur Wehrpflicht zu stimmen, so bedeutet das nicht, dass wir keine Kritik am Bundesheer haben. In der Volksabstimmung geht es nicht um die Frage Bundesheer ja oder nein, sondern ob sich die Pläne für ein Berufsheer durchsetzen. Und ein Berufsheer ist auf keinen Fall im Interesse der arbeitenden Menschen.

Chronik MHM schrieb...

...1982: Keine Salzstreuung

In diesem Winter wird in Mürzzuschlag das erste Mal kein Salz mehr gegen Eis- und Schneefahrbahn verwendet werden. Dies wird nicht nur die Autofahrer und Hundebesitzer erfreuen, sondern wird unsere Stadt um einiges umweltfreundlicher machen. Weiters wurde zur besseren Betreuung der Straßen im Gemeinderat beschlossen, einen Schneepflug sowie eine Schneefräse und ein neues Kehr- fahrzeug anzukaufen.

...1987: Lehrwerkstätte von Schließung bedroht

Haben führende Politiker unserer Gemeinde im Mai dieses Jahres noch gehofft, die Lehrwerkstätte der VEW in kleinerem Rahmen erhalten zu können, müssen sie nun feststellen, daß ihre Bemühungen beim Vorstand auf taube Ohren gestoßen sind. Nach den Vorschlägen der VEW Konzernleitung wird die Lehrwerkstätte in Mürzzuschlag geschlossen und nach Kapfenberg verlegt. Für uns kein Wunder, soll es doch nach dem 1.1.88 keine VEW mehr geben. Da brauchen die Herren in den Chefetagen der VEW auch keine Ausbildungseinrichtung mehr in Mürzzuschlag. Unsere Frage: Wie lange wollen die Politiker (SPÖ) unserer Stadt noch zusehen, wie man uns die Arbeitsplätze nimmt und die ganze Infrastruktur zerstört? Dampfplaudereien hat es in der Vergangenheit wahrlich genug gegeben.

...1992: Naßbaggerung beim „Koasa“ erlaubt

Die Firma Kohlbacher will auf der „Koasawiese“ zwischen Mürzzuschlag und Hönigsberg mittels Naßbaggerung Schotter gewinnen. Die Gemeinde Mürzzuschlag versuchte dies zu verhindern. Allerdings ohne Erfolg. Der Wasserrechtsbescheid des Landes -welcher eine Naßbaggerung er-

laubt- wurde von der Gemeinde angefochten aber abgelehnt. Somit wird der Schotterabbau nicht mehr zu verhindern sein. Die Abbaustätte muss jedoch wieder hinterfüllt, verdichtet und kultiviert werden. Der Abbau darf erst nach Baubeginn des Semmering- Bahntunnels begonnen werden.

...1997: Parkhaus Ost gestorben – Parkhaus Volkshaus vor Errichtung

Der umstrittene Bau des Parkhauses beim ehemaligen Holzwohnbüchel wurde schon vor geraumer Zeit ad Acta gelegt. Aus welchem Grund man sich jahrelang auf dieses Projekt gestützt hat wissen wir nicht – für die Verantwortlichen spricht aber, daß der Bau noch vor Beginn gestoppt und die Idee begraben wurde... (Wieviel hat übrigens die Planung Parkhaus Ost gekostet?)

Mit dem Parkhaus hinter dem Volkshausplatz wird's aber ernst. Dazu wird der Hammerpark (vorübergehend) wieder in einen „HammerParkplatz“ umgewandelt. Das wurde schon beschlossen. Wo der Skatepark hinkommt, weiß man offensichtlich noch nicht, nur soviel: Auf dem neu zu errichtenden Platz wird es sicherlich keine Skateranlagen mehr geben...

Vorübergehend sollen 30 gebührenpflichtige Parkflächen am Hammerpark errichtet werden. Wegen der Zufahrtsmöglichkeit wird die Fußgängerzone vorübergehend geöffnet. Die einzige Ausfahrtsmöglichkeit wird die schon bestehende, zwischen Volkshaus und Kirche sein.

...2002 Parkmünzen?

Erwartungsgemäß gab es bei einigen Punkten hitzige Diskussionen. So gab es betreffend Parkhaus eine Wortmeldung von KPÖ-GR Rosenblattl : „Die Einkaufsstadt sollte sich etwas einfallen lassen. Kunden sollten Münzen oder Gutscheine erhalten und somit für's Einkaufen belohnt werden. In den meisten Parkgaragen der Einkaufszentren kann man zumindest

eine Zeit lang gratis parken. Damit hätte man zwei Fliegen auf einen Schlag: Mehr Autos im Parkhaus und somit mehr Einnahmen und eine höhere Kundenfrequenz.“ Bgm Kranner und Finanzstadträtin Langegger befürworteten dies und werden in Gesprächen mit dem Stadtmarketing auf eine Lösung drängen. VP-GR Leitner passte dies nicht: „Wenn ich es auf deutsch (?) sehe, dann sollen die Gewerbetreibenden wieder die Melkkuh sein!“

...2007: Versteckte Parteienförderung

Keine Zustimmung der Grünen, Freiheitlichen und proMz (KPÖ) gab es für das Budget 2008. Die Kritik der Opposition richtete sich gegen einige Punkte im Ordentlichen Haushalt. So stieß vor allem die versteckte Parteienförderung, die von 8.700 € auf 39.000 € explodierte, bei GR Rosenblattl auf energischen Widerstand. „Es ist unmoralisch, die Gebühren anzuheben und gleichzeitig diese Förderung zu beschließen. Wir werden dieses Geld dem Sozialfond zukommen lassen!“

Die Finanzreferentin Langegger meinte zu dieser Erhöhung: „Diese Förderung wird uns von der BH vorgeschrieben, da können wir nichts machen“. GR Rosenblattl dazu: „Die BH kann keine Parteienförderung festlegen, diese geschieht aufgrund eines Parteienübereinkommens auf Bezirks-Ebene. proMz und KPÖ wurden natürlich nicht gefragt.“

SOZIALSPRECHTAG

**Mindestsicherung
Wohnungsproblem
Arbeitsplatzproblem
mit Magister
Philipp Reininger**

**Donnerstag 10. Jänner
von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr**
KPÖ Lokal: Wienerstrasse 148
telefonische Voranmeldung erforderlich zwecks Vermeidung von Wartezeiten

0650 2710550

Helfen statt Reden!

Die Teuerung

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbes, der vor allem Lebensmittel enthält, stieg im September um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf widerspiegelt und auch Dienstleistungen und Treibstoffe enthält, erhöhte sich im 12-Monatsvergleich um 4,3 Prozent.

Nahrungsmittel kosteten durchschnittlich um 3,3 Prozent mehr. Auch Energie und Wohnen wurden teurer: Heizöl um 11,6 Prozent, Strom um 1,8 Prozent, Gas um 3,2 und Wohnungsmieten um 3,6 Prozent.



Skandalös & Schikanös

... war die Vorgangsweise der für die Gartenanlagen zuständigen Dienststelle bei der ÖBB.

Anfang Dezember erhielten die Pächter die Aufforderung bis zum Jahresende (!) die Gartenhütten etc. wegzuräumen. Dass darunter viele ältere Menschen sind, ist diesen Bürokraten wohl nicht klar oder eben egal. Aber auch jüngere, die schon auf der Suche nach alternativen Grundstücksflächen für ihre Gartenhäuser sind, müssten zu Weihnachten und Silvester anstatt in den Hütten zu feiern diese abreißen. Wie wenn dafür im Frühjahr nicht Zeit genug wäre. Interventionen der örtlichen Funktionäre blieben ohne Erfolg.

Leider zeigt sich, dass Menschlichkeit in dieser Gesellschaft nicht mehr vorhanden ist.

Politiker genehmigen sich Lohnerhöhung

Mit 1. Jänner 2013 werden die Politgehälter kräftig erhöht. SPÖ, ÖVP und Grüne sagen gemeinsam: „Das steht uns zu. Wir wollen nicht mehr verzichten“. Sie haben es gut. Sie können ihre eigene Gehaltserhöhung selbst beschließen. Franz Rosenblattl: „Diese Leute sollten sich schämen.“

Politiker sollten sich nicht mit Managern und mit Multimillionären vergleichen. Wenn sie nicht mehr wissen, wie es den Menschen geht, die sie vertreten sollen, dann läuft vieles falsch. Aus diesem Grund treten wir für eine Senkung der Politbezüge und eine Bindung der Politikereinkommen an die Ausgleichzulage ein.

Das sind die neuen Gehälter der Politiker:

Bundespräsident	23.259 €	statt 22.248	somit plus 411€	mehr
Bundeskanzler	20.767 €	statt 20.400	somit plus 367€	mehr
Landeshauptmann Voves	15.783 €	statt 15.504	somit plus 279€	mehr
LH-Stv. Schützenhöfer	14.952 €	statt 14.688	somit plus 264€	mehr
Landesräte (SPÖ, VP, FP)	14.122 €	statt 13.872	somit plus 250€	mehr

Jeweils brutto, 14mal im Jahr.

Ein/e Mindestpensionist/in muss sich mit € 15,- monatlich begnügen. Ist das „Sozial gerecht?“

Steiermark hält stur an Pflegeregress fest

Klimt-Weithaler: „Unverhältnismäßige Belastung Einzelner“

Vor wenigen Tagen hat sich die Landesregierung mit jener Bestimmung im steirischen Sozialhilfegesetz befasst, welche die Regresszahlungen durch Eltern und Kinder pflegebedürftiger Personen regelt. Die vom Unabhängigen Verwaltungssenat geforderte Streichung der Bestimmung wurde aber von der Regierung abgelehnt, weshalb Betroffene weiterhin regresspflichtig bleiben.

Ein Antrag der KPÖ auf Abschaffung der vom UVS als verfassungswidrig eingestuften Regelung liegt dem Landtag seit April 2012 unbehandelt vor. Die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder wies selbst darauf hin, dass durch den Regress nur ein minimaler Teil der Pflegekosten finanziert werde, und sprach wörtlich von einer „pädagogischen Maßnahme“.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ist empört, dass sich die Regierung weigert, das Gesetz im Interesse der Angehörigen pflegebedürftiger Personen zu ändern: „Das Budget wird durch den Regress, den es in dieser Form nur in der Steiermark gibt, nicht nennenswert entlastet. Für die von den Zahlungen Betroffenen stellt die Regelung aber oft eine unverhältnismäßige Belastung dar.“

Anstatt dem UVS eine falsche Haltung zu unterstellen, sollte die so genannte Reformpartnerschaft aus SPÖ und ÖVP alles unternehmen, um die in der vergangenen Periode abgeschaffte und danach wieder eingeführte Regresspflicht abzuschaffen, so die KPÖ-Abgeordnete.

KPÖ Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler



Rätselseite

Diesmal haben wir uns etwas besonderes einfallen lassen. Ab nun wird es eine Rätselseite in der MHM geben. Das ist aber nicht Alles. Es gibt dabei auch was zu gewinnen. Man braucht sich nur die Zeit nehmen um eine Aufgabe zu lösen, einzusenden und mit ein bisschen Glück kann man schon zu den Gewinnern zählen. **Erster Hauptpreis ist ein Wein-Potpourri, das vom Klosterladen Stift Neuberg** (im November eröffnet) zusammengestellt wurde. Dieses neu gegründete Unternehmen hält sich an die Tradition der Mönche und lässt den Wein im ursprünglichen Anbaugebiet herstellen. Die in der Südsteiermark angebauten Weine wurden mit in-

ternationalen Preisen ausgezeichnet und sind für Weinkenner mit ein Grund, diesen im historischen Ambiente des Klosterladens zu genießen. Des weiteren werden aber auch andere Dinge angeboten. Von **Bio-Produkten** aus der Region bis hin zu edlen Bränden, Likören oder süße Spezialitäten wie Lebkuchen findet sich für Kenner immer was Besonderes.



1		2	3		4	5		6		7	8	
9	VII							10				IV
						11						
12			13					14			15	IX
16		II	III			17						
							18		19			
20	21		22		23					24	VI	25
26		I					27	28				
				29	30			XI	XII	31		
32		33						34	35	VIII		
					36	37						
38		39							40			
41				X			42				V	

1. Frauenname
2. spanischer Tenor (Jose)
3. Aufstand, Auflehnung
4. Stadt an der Saale
5. Verwandter
6. ein Marder
7. sittliche Gesinnung
8. Buch-, Presseunternehmen
9. scharfer Tadel
10. fern (Fremdwort)
11. Tiernahrung
12. Standbild
13. lockeres Gestein
14. einfarbig
15. Medley, Melodienfolge
16. Nachlass empfangen
17. ein Erdteil
18. leichte Vertiefung
19. Strudelwirkung
20. Kinderfahrzeug
21. Philosoph
22. Stadt in Süditalien
23. Stadt, See in Pennsylvanien
24. metalhaltiges Mineral
25. veraltet: Predigt
26. Prophet und Buch des AT
27. Zeitalter
28. gelbe ölhaltige Nutzpflanze
29. Währung in Türkei
30. Bruststück am Kleid, Hose
31. Geistlicher der ostkirche
32. kleine Metallschlinge
33. mit Bäumen gesäumter Weg
34. dt. Komponist (Werner)
35. rein, unverfälscht
36. Kfz Kennzeichen Tunesien
37. Umgestaltung, Neuordnung
38. Kurzhalsgiraffe
39. Gewinn, Ausbeute
40. je, für (lat.)
41. Paladin Karl des Großen
42. von geringer Größe

Bei dieser Art des Schwedenrätsel sind die Ausfüllrichtungen nicht vorgegeben. Es ergibt sich aber eine logische Möglichkeit. Es kann nur von links nach rechts oder von oben nach unten gelöst werden. Das Hauptlösungswort ergibt sich aus den Lösungsbuchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: kpoez@aon.at oder an KPÖ, Wienerstr. 148, 8680 Mürzzuschlag senden. Die Gewinner werden am 15.1.2013 ausgelost. Einsendeschluss 14.1.2013, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----

Name: _____
 Strasse: _____
 Wohnort: _____
 E-Mail: _____

